

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Das Programm der erhöhten Kohlenförderung.

Konferenz im Ernährungsministerium.

Eine Rede des Ernährungsministers.

Von uns vor einigen Tagen angekündigte Besprechung der Vertreter der Bergarbeiterverbände mit dem Ernährungs- und Arbeitsminister in Frage kommenden Fragen fand heute vormittag im Reichsernährungsministerium statt. Es sind rund achtzig Vertreter versammelt, von Arbeitgeber- als von Arbeitnehmerseite. Nicht nur aus den Braunkohlengruben, sondern auch aus den Braunkohlengruben sind Interessenten eingeladen. Vertreten sind u. a. der Verein der Braunkohlengruben in Dortmund, der Verein für bergbauwirtschaftliche Interessen Niederschlesiens, der rheinischen Braunkohlengrubenindustrie, die rheinischen Kohlenindustrie und die Vertreter sämtlicher Bergarbeiterverbände. Von bekannteren Persönlichkeiten sah man den Reichsernährungsminister Dr. Stinnes, die Abgeordneten Gue, Zambusch, Pieper und andere.

Die Beratungen haben unter dem Vorsitz des Reichsernährungsministers Dr. Stinnes um 12 Uhr begonnen. Von Regierungsseite sind ferner vertreten der Reichsarbeitsminister Dr. Gumbel, der Reichswirtschaftsminister Dr. Goltz, die Leiter der verschiedenen Ernährungsabteilungen und verschiedene Regierungspräsidenten. Reichsernährungsminister Dr. Stinnes hat die Sitzung mit einer Ansprache, in der er darauf hingewiesen, daß es sich bei der Konferenz nicht um Be-

sprechungen einer einzelnen Frage handle, sondern daß vielmehr gesamte Komplex der Fragen, der zur Förderung unserer Kohlenproduktion beitragen könnte, in Zusammenhang erörtert werden soll. Wir haben", so führte der Minister aus, "die Erfahrung gemacht, die auch in Spa immer wieder vertreten wurde, daß diese Fragen nicht einzeln betrachtet werden dürfen, sondern daß die Auswirkung der einen Frage auf die anderen so außerordentlich stark ist, daß sie im Zusammenhang erörtert und durchgeführt werden müssen. Darum ist es auch nicht möglich, die Ernährungsfrage etwa herauszugreifen."

In der anschließenden Debatte wurden die verschiedensten Fragen berührt, wie Vermehrung der Belegschaft, härtere Ziehung, um Arbeiterwohnungen zu schaffen, härtere Veranlagung der Braunkohlengrubenindustrie. Selbstverständlich spielt die Ernährungsfrage eine sehr große Rolle, wie dies auch von allen Seiten gleichmäßig hervorgehoben wurde. Die Ansprache gestaltete sich sehr lebhaft; sowohl von Seiten der Arbeitgeber als der Arbeitnehmer wurde eifrig eingegriffen. Auch der Reichstagsabgeordnete Stinnes nahm daran regen Anteil.

Die Sitzung dauerte bei Redaktionsstillstand noch an und dürfte sich bis in die Abendstunden hinziehen, da man noch heute zu einem greifbaren Ergebnis kommen will. Das Ergebnis der heutigen Konferenz soll als Unterlage dienen für eine im Ruhrrevier unter Beteiligung der Regierung abzuhaltende gemeinsame Sitzung der Arbeitsgemeinschaft im Ruhrkohlenbergbau.

Die Innen- und Außenpolitik Bayerns.

Die französische Gesandtschaft in München.

Von unserem Korrespondenten
Leonhard Adelt.

München, 21. Juli.

Die Regierung Kahr hat die Regierung Kahr abgelöst. Schwarz ist, nach wie vor, in Bayern Kampf, und boshafte Gemüter wollen einen geistigen Zusammenhang zwischen dieser Latache und der sommerlichen Ueberhäufung Münchens mit frommen Passionspielen vermuten. Aber es wäre unecht, zu verkennen, daß sich das Programm der Regierung Kahr über Parteibindung und Parteinteressen erhebt, daß es eine breite Basis gefunden hat, die sogar den Mehrheitssozialisten die Latte mitarbeit ermöglichen könnte. Die Mitarbeit der Demokratischen Partei jedenfalls erscheint dadurch bis zu einem gewissen Grade erklärlich — ganz abgesehen davon, daß sich die große Mehrheit ihrer Mitglieder mit der Vorstellung der Demokratischen Fraktion als Oppositionspartei nicht abgefunden hätte. Ginnal entschlossen, mitguten, hat die demokratische Fraktion unter ihrem tatkräftigen neuen Vorsitzenden Dr. Dier von vornherein durch intensive Gesinnungnahme auf das Regierungsprogramm jene Garantien gesucht, die in einer völligen Umgestaltung und weitreichenden Ergänzung des von der Bayerischen Volkspartei vorgelegten ursprünglichen Entwurfs zutage treten. Der rechtsdemokratische Justizminister Dr. Müller-Meinungen ist allerdings durch den Deutschnationalen Dr. Roth ersetzt worden, der bei den Sozialisten nicht ohne Grund als Schachmache gilt und sich als Bezirksamtmannt seines Ungehorsams gegen die sozialistische Regierung Hoffmann förmlich rühmt.

Sehr zu beachten ist im Reich die starke Betonung der bayerischen Selbständigkeit; sie soll sich zwar programmäßig im Rahmen der Reichsverfassung halten und nicht deshalb auch den Staatspräsidenten nach dem Beispiel Württembergs nur in Verbindung mit dem Amt des Ministerpräsidenten vor, doch macht ja die Bayerische Volkspartei sehr wohl daraus, daß sie darüber hinaus eine Rückgliederung der Reichsverfassung im föderalistischen Sinne auftritt.

Wenn man auf der einen Seite sieht, wie in Münchener Mittelschulen die Schlußfeier zu einer Verherrlichung des glorreichen wilhelminischen Zeitalters mißbraucht wird, wie dynastische Intriganten zwischen King und Regensburg, Wien und der Schweiz verhandeln, um die großbayerische Idee mit der großabsburgischen in Einklang zu bringen, und ein organisierter Waffenübergang nach Tirol im Schwange ist, während auf der anderen Seite die radikalen Sozialisten die Vorbereitungen zur Gegenwehr mit bewaffneter Hand offen einsetzen, so wird man sich den optimistischen Glauben des Herrn v. Kahr an sozialen Ausgleich und Versöhnung nicht ohne weiteres zu eigen machen. In demokratischen Lager sollte jedenfalls kein Zweifel darüber sein, daß sich in den Zielen und Methoden der vereinigten Mittelpartei keine Brücke schlagen läßt. Diejenigen, welche von einer großen liberalen Arbeitsgemeinschaft zwischen Demokraten und Deutsche Volkspartei träumen und heute schon im Sinne des Herrn Lent das misliebige Wortlein „demokratisch“ durch „liberal“ ersetzen, rechnen nun auf ein Zerwürfnis zwischen den beiden Rechtsparteien, wofür sich Anzeichen ergeben haben. Aber selbst eine erfolgte Spaltung der Mittelpartei würde noch nicht eine Neigung der Deutschen Volkspartei nach der anderen Seite bedeuten; viel näher läge der Verdacht, daß es der Deutschen Volkspartei nur darum zu tun sein würde, noch mehr innerlich unruhige Elemente von der Demokratie zu sich herüberzuziehen oder den ganzen rechten Flügel von ihr auszupressen.

Nicht in dem Regierungsprogramm, wohl aber in seinen anschließenden Bemerkungen dazu hat Herr v. Kahr auch zu den Fragen der deutschen Außenpolitik Stellung genommen und rund heraus erklärt, daß seine Regierung eine Einflusnahme von dritter Seite auf das Verhältnis Bayerns zum Reich nicht zulassen könne. Auf gleichen Lage empfangen der französischen Gesandten Dard, der sein Beglaubigungsschreiben überreichte. Niemand wird dieses zeitliche Zusammentreffen zweier politischer Vorgänge von programmatischer Bedeutung für rein zufällig halten, und da der Tenor der Kahr'schen Rede auch im übrigen eine demonstrative Betonung der bayerischen Reichstreue war, so erregt die Art der Dieb gegen jene „dritte Seite“ als eine Abfuhr Frankreichs. Ganz so liegt der Fall nun freilich nicht, Gewiß hat sich die bayerische Regierung den Vorstellungen der Reichsregierung loyal angeschlossen und diese Solidarität nach der trotzdem erfolgten Ernennung des Herrn Dard neuerlich bezeugt. Gewiß hat ferner die formlose Befragung des Münchener Gesandtenpostens ohne Rückhalt auf den Einpruch des Reiches und ohne die diplomatisch übliche Voranfrage stark verstimmt (was Herr Kahr persönlich freilich nicht hinderte, den Antrittsbefehl mit überhöflicher Eile zu erwidern). Bayern, schon in seinem Verhältnis zur Reichsregierung so empfindlich, betrübt es aber ganz und gar nicht, von einer fremden Macht als willensloser Vasall behandelt zu werden, und noch viel weniger wird die Gendeutigkeit der Ziele, die sich trotz aller gegenteiligen Beteuerungen aus Paris in dieser Befragung zu diesem Zeitpunkt verrät, bei ihm verlangen. Es ist Frankreichs alter Fehler politischer Kurzsichtigkeit, daß es in der Beurteilung der Verhältnisse nur das sehen will, was seinen Wünschen und Zielen entspricht. Derselbe Urteilslosigkeit, die es vom Jahr zu dem Glauben an einen Dorian'schen Rheinbund von seinen Gnaden verführt, ver-

Um Bela Khus Auslieferung.

Durch W. L. B. wird erklärt: Die österreichische Regierung ist der Aufforderung der deutschen Regierung, den Transport kriegsgefangener Russen, bei dem sich auch politische Persönlichkeiten befinden, wieder zu übernehmen, nicht nachgekommen. Der Transport hat durch die Ablehnung der österreichischen Regierung den Anspruch auf Exterritorialität verloren. Der Transport ist einem Durchgangslager zugeführt worden. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene ist mit der Feststellung beauftragt, welche Angehörige des Transportes tatsächlich kriegsgefangene Russen sind. Es ist Vorfrage getroffen, daß diese sofort ihrer Heimat zugeführt werden. Die nicht als Kriegsgefangene festgestellten Persönlichkeiten werden bis zur endgültigen Entscheidung über ihre weitere Behandlung zurückgehalten.

Die ungarische Regierung hat, wie wir hören, durch ihren Berliner Gesandten mit dem Auswärtigen Amt Fühlung genommen, um die Auslieferung Bela Khus, der sich gegenwärtig in einem Internierungslager mit anderen Inhaftierten des österreichischen Transportes befindet, zu erreichen. Die Stellungnahme der Reichsregierung, die sich zunächst auf die Tatsache des allgemeinen Unrechts für politische Verbrecher beruft, dürfte von der Form und der Art abhängig sein, in der die ungarische Regierung ein eventuelles offizielles Auslieferungsbegehren stellt. Andernfalls ist anzunehmen, daß Khus als „Mittiger Ausländer“ ausgewiesen werden würde, und danach das Recht hätte, die Ueberseehubs Grenze selbst auszuweichen.

Die Verhandlungen Hugo Stinnes' mit der französischen Industrie.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

W. Basel, 23. Juli.

Aus Paris wird gemeldet: Der „Populaire“ teilt mit, daß Herr Chéradame aus der Redaktion der „Democratie Nouvelle“ und gleichzeitig aus dem Exekutivkomitee der gleichnamigen Partei ausgeschieden ist, weil der Leiter der „Democratie Nouvelle“ die Aufnahme eines Artikels verweigerte, der sich gegen die Tendenzen in der französischen Industrie richtete, die auf die Herstellung einer Interessengemeinschaft mit Hugo Stinnes in der Kohlenfrage hinzielen. Die Verweigerung der Aufnahme des Artikels soll erfolgt sein, weil der Besitzer der „Democratie nouvelle“, Letailleur-Vysis, angeblich in Unterhandlungen mit Finanzkreisen stand, die ein Interesse daran haben, zu einer Interessengemeinschaft mit Hugo Stinnes zu kommen mit dem Ziele, von Stinnes Kohlen für die Belieferung ihrer Unternehmungen zu erhalten. Der in Frage kommende Artikel wird heute von der „Action Française“ veröffentlicht.

Die Türkei unterzeichnet.

Amsterdam, 23. Juli. (W. L. B.)

„Times“ melden aus Konstantinopel: Die Regierung beschloß, Reichs bei in Paris telegraphisch zu beauftragen, den Entente-mächten mitzutellen, daß die Türkei den Friedensvertrag unterzeichnete, und daß die mit der Unterzeichnung beauftragten Delegierten so schnell wie möglich nach Paris reisen werden. Nach einer Meldung der „Times“ aus Teheran hat England sein Einverständnis damit erklärt, daß Emir Abdulla, der Sohn des Königs von Hedhas, als Oberhaupt des arabischen Königreichs von Mesopotamien auftritt.

Zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Berliner Lebensmittelhandels sind auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums die Tarifverhandlungen erneut aufgenommen worden. Unter Vorsitz des Referenten Dr. Tiburtius hat eine Einigungsverhandlung am gestrigen Donnerstag im Reichsarbeitsministerium stattgefunden. Daraufhin hat der Zentralverband der Arbeitgeber seinen Mitgliedsen, soweit sie in den Streik getreten waren, die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit empfohlen. Die Arbeitgeber haben erklärt, aus Anlaß des Streiks keine Maßregelungen vorzunehmen.

Räumung Warschaws durch die Zivilbevölkerung?

Krasin und Kamenev an der Fahrt nach England verhindert.

Paris, 23. Juli. (Holländisch Neomsbureau.)

Hier liegen Nachrichten über die Räumung Warschaws durch die Zivilbevölkerung vor. Genauere Angaben über die Lage an der polnischen Front fehlen, da seit zwei Tagen kein amtlicher polnischer Bericht eingetroffen ist.

Kopenhagen, 23. Juli. (W. L. B.)

Der „Eidende Tidende“ meldet aus Reval: Die russische Delegation unter Führung Krassins und mensch kam am Dienstag hier an. Das englische Kriegsschiff, die nach England überfahren sollte, hat Befehl erhalten, die Flotte nicht an Bord zu nehmen. Krasin hat desgleichen versucht, einen privaten Dampfer zur Fahrt nach England einzuladen.

Danzig, 23. Juli. (W. L. B.)

Die „Danziger Zeitung“ meldet, ist gestern morgen im Hafen ein polnischer Dampfer mit Kriegs- und Zivilgefangenen eingelaufen, den die Hafenarbeiter nicht an Bord lassen wollten. Da die Arbeiter sich weigerten, diese mitzuführen, Lemahle sich der polnische Vertreter um die Befreiung des Christlichen und des Deutschen Transportarbeiterverbandes und begab sich mit den Führern der Organisationen nach Schwabauer; eine Einigung kam jedoch nicht zustande, da die Arbeiter drohten, die gesamte Hafenarbeit zum Stillstand zu bringen, wenn einige Arbeitswillige die Arbeit aufnehmen würden. Die Organisationsleiter haben daraufhin ihre Tätigkeit eingestellt.

Warschau, 23. Juli. (L. II.)

Polnischer Heeresbericht vom 22. Juli: Südlich Grodno kämpfte sich unsere Abteilungen an der Landstraße Soltwa-Grodno Kampf und verdrängten den Gegner aus den Orten Grodopopol, Soltwa, Pologantla und näherten sich den Forts von Grodno. An Soltwa Planteleiten und Erkundungsgesche. Bei Moskale verteidigte der Feind überlegen. wurde aber unter schweren Verlusten zurückgeworfen. Nördlich Slogim sind heftige Kämpfe im Gange. Der Feind verjagte hier den Fluß zu forcieren, wurde aber gewonnen, an das westliche Ufer zurückzuführen. Bei Lofie Planteleiten und Vorkesselsche. Bei Goloze wollte der Feind den Ort besetzen, wurde jedoch abgewiesen. Bei Rzeczycze und Goleze stehen unsere Abteilungen im schweren Kampf mit den Feindlichen. Westlich von Rzeczycze verdrängten wir den Feind aus Goleze und Kietaszew und erbeuteten eine Menge Kriegsmaterial. Der Kämpfe Kozjowilew-Dubno dauern die schweren Kämpfe den Tag über an.

Wie aus Warschau gemeldet wird, sind zwanzig russische militärische Divisionen herangezogen worden und an der Offensive im Norden zwischen Suwalki und Augustowo beteiligt. In Kürze soll eine entscheidende Schlacht stattfinden. Wie weiter gemeldet wird, bereiten die Polen die Räumung Warschaws vor.

Nicht einen Zoll deutschen Bodens.

Bei der Berliner Vertretung der Moskauer Regierung ist man sehr erfahren, heute früh ein Telegramm eingelaufen, in dem die Sowjetregierung erneut versichert, nicht einen Zoll deutschen Bodens betreten zu wollen, und daß es das eifrigste Bestreben der Sowjetregierung wäre, mit Deutschland Frieden und besten Beziehungen zu haben.

Banderbist

(Telegramm.)

Paris, 23. Juli. (W. L. B.)

Der amerikanische Millionär William Banderbist ist gestern in seiner hiesigen Wohnung in Paris gestorben.